

KOALITION BESCHLEUNIGT DEN UMSTIEG

Den Erneuerbaren gehört die Zukunft

Die christlich-liberale Koalition ermöglicht eine gründliche parlamentarische Beratung über die Beschleunigung des Umstiegs auf Erneuerbare Energien. Bereits seit mehreren Wochen treffen sich die Abgeordneten von Union und FDP regelmäßig zu Sondersitzungen, um über die Zukunft der Energieversorgung zu sprechen. Im Juni sollen dann das Bundeskabinett sowie der Bundestag abschließende Entscheidungen in dieser Sache treffen. Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt, begrüßt diesen Zeitplan: „Wir brauchen die Zeit. So haben wir die Möglichkeit, Experten anzuhören, Standpunkte auszutauschen und informierte Entscheidungen zu treffen.“

Klarer Fahrplan für den beschleunigten Umstieg

Ziel des Verfahrens ist nicht nur ein konkretes Datum für den Ausstieg aus der Kernkraft, sondern auch ein klarer Fahrplan für den Weg dorthin. Die christlich-liberale Koalition bekennt sich zu einem verantwortungsvollen Umstieg, der neben dem Klimaschutz auch den Zielen Energiesicherheit und Preisstabilität gerecht wird. Daher richten Union und FDP ihr Augenmerk auch auf die Fragen nach dem Ausbau der Stromnetze, der Entwicklung von modernen Speichertechnologien und der möglichen Inbetriebnahme neuer, umweltschonender Gaskraftwerke. Insbesondere die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag lässt keinen Zweifel daran, dass es ein geordneter, schrittweiser Umstieg sein muss. Frau Hasselfeldt fordert, „den Ausstieg aus der Kernkraft und den Einstieg in neue Energieträger durch konkret überprüfbare Schritte miteinander zu verbinden“. Der Umstieg müsse daher auch regelmäßig auf seinen Erfolg hin überprüft werden.

Union und FDP wollen gesellschaftlichen Konsens

Union und FDP suchen einen breiten gesellschaftlichen Konsens für ihre Entscheidungen zur künftigen Energiepolitik Deutschlands. Die von der Bundesregierung eingesetzte Expertengruppe bringt etwa Vertreter der Wissenschaft, der Kirchen und der Gewerkschaften zusammen. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ging auch auf die Opposition zu. Am Montag traf sie sich mit den Spitzen aller Bundestagsfraktionen zu einem intensiven energiepolitischen Gespräch.

Union und FDP wollen auch die Idee der Bürgeranlagen weiter verfolgen. Solche Kleinkraftwerke, von denen viele Bürger wirtschaftlich profitieren könnten, erreichen vor Ort eine hohe Akzeptanz. Für Gemeinschaftsanlagen dieser Art gibt es viele Möglichkeiten: In der einen Region kann es ein Windpark sein, in einer anderen eine Solaranlage oder ein Blockheizkraftwerk. Nach den Vorstellungen der christlich-liberalen Koalition sollen dabei alle spüren: Es geht um unsere Energieversorgung.

Deutsche Landwirtschaft auf gutem Weg

Die Landwirtschaft in Deutschland profitiert vom globalen Anstieg der Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Erneuerbaren Energien. Das geht aus dem agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung hervor, den Ilse Aigner als zuständige Ministerin am Mittwoch vorlegte. Auch die Förderung deutscher Landwirtschaftsbetriebe durch die EU verbleibt auf einem bemerkenswert hohen Niveau: Mittlerweile machen die Brüsseler Subventionen 52 Prozent des Einkommens der deutschen Bauern aus. Nimmt man alle staatlichen Direktzahlungen zusammen, erhalten die Landwirte pro Hektar durchschnittlich 344 Euro.

Landwirte profitieren von EU-Subventionen

Die Verringerung der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe hat sich verlangsamt. Es gibt weiterhin rund 300.000 solcher Unternehmen in Deutschland. Insbesondere im ländlichen Raum leistet die Land- und Ernährungswirtschaft einen enormen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Wertschöpfung. Der Bericht stellt auch die internationale Bedeutung der deutschen Agrarwirtschaft dar. Auch auf diesem Feld kommt es zu einer zunehmenden globalen Vernetzung. Somit profitieren die deutschen Landwirte auch vom starken weltweiten Anstieg der Nachfrage nach Lebensmitteln und nachwachsenden Rohstoffen.

Agrarwirtschaft leistet wichtigen Beitrag zum Klimaschutz

Der von Landwirtschaftsministerin Aigner vorgelegte Bericht verdeutlicht einmal mehr: Klimaschutz, Umstieg auf Erneuerbare Energien und Agrarpolitik müssen zusammengedacht werden. So dürfe der notwendige Ausbau der Kapazitäten von Biomasse-Energie nicht zu einer „übermäßigen Konkurrenz zur Erzeugung von Nahrungs- und Futtermitteln“ führen. Bereits heute werde etwa ein Fünftel der Anbaufläche zur Erzeugung nachwachsender Rohstoffe genutzt, aus denen Energie gewonnen wird oder die in der Industrie weiterverarbeitet werden. Vor diesem Hintergrund mahnte Frau Aigner einmal mehr zu einer ausgewogenen Produktion.

Ministerin gegen Verschwendung von Nahrungsmitteln

Ebenfalls in dieser Woche sagte Frau Aigner der Verschwendung von Lebensmitteln den Kampf an. Alleine in Deutschland landen jährlich 20 Millionen Tonnen Lebensmittel auf dem Müll. Die Bundesverbraucherschutzministerin lässt in ihrem Haus daher Vorschläge entwickeln, wie Nahrungsmittelabfälle reduziert werden können. Frau Aigner mahnt: „Wir müssen die Verschwendung stoppen. Jeder einzelne Verbraucher kann hier einen Beitrag leisten. Wer Abfall vermeidet, hilft der Umwelt und dem Klima, und er spart außerdem eine Menge Geld.“